

Grüner Igel



Im Westen nichts Neues!

„Ortskernentlastungsstraße West“, das ist der offizielle Name der Straße, die westlich von Lambsheim erbaut wurde.

Wie der Name vermuten lässt, soll die Straße dazu dienen, den Verkehr, insbesondere der Schwerlastverkehr, auf den Hauptverkehrsstraßen von Lambsheim zu reduzieren.

Das Positive vorweg: die Straße wurde billiger als erwartet; und doch ist fraglich, ob das Projekt sein Geld wert ist. Wer tatsächlich geglaubt hat, dass sich durch die neue Straße etwas ändern wird, wird spätestens jetzt eines Besseren belehrt.

An der Verkehrssituation in Lambsheim hat sich wenig oder fast nichts verändert. Nur sporadisch benutzt der Schwerlastverkehr die neue Straße, nach dem Motto: „Stell dir vor, es gibt eine Straße und keiner fährt hin.“ Hieran ändern auch die wenig professionell gestalteten Schilder nichts, die auf die Anbindung „Lambsheim-West“ verweisen. Noch immer fährt der Schwerlastverkehr die gewohnten Wege über den Bubensteig und dort finden sich auch immer noch „richtige Verkehrsschilder“, die den Lastkraftwagen den Weg weisen. Am Bubensteig hat der Schwerlastverkehr nicht nur die Straße, die Beschilderung und Straßenbegrenzung zerstört, am Bubensteig wohnen vor allem auch Senioren und viele Schulkinder nutzen diese Straße als Schulweg.

Auch die Behauptung, die Westrandstraße werde erst dann so richtig zum Tragen kommen, wenn einmal die Ostumgehung gebaut worden ist, darf bezweifelt werden: Nicht nur, weil sich Verkehr meist seine ganz eigenen und vermeintlich kürzeren Wege sucht. Angesichts der schlechten Haushaltslage von Städten, Gemeinden und Land kann zu Zeit niemand mit Bestimmtheit sagen, ob und wann die Umgehungsstraße Ost überhaupt gebaut wird. Das Planfeststellungsverfahren, das eigentlich im Januar starten sollte, wurde vom Verkehrsministerium erst einmal verschoben und soll jetzt im Herbst 2005 beginnen.

Wie kann man nun das Beste aus der Situation machen und in Zukunft solche Fehler vermeiden?



Mit Hilfe von Klebeband und Kopierer zusammengestellte Lambsheimer Verkehrspolitik. —Foto: B90/Grüne

Um den Ortskern zu entlasten, müssen die Nebenstraßen für LKW gesperrt und die „Wüstrandumgehungsstraße“ besser ausgeschildert werden. Wenn schon Gelder in eine Umgehungsstraße investiert und Landschaft verbaut wird, so muss auf der anderen Seite wenigstens ein Nutzen für die Bevölkerung ersichtlich sein.

Lambsheim braucht ein durchdachtes und langfristiges Verkehrskonzept, das nicht in erster Linie dem Auto oder LKW, sondern den Einwohnern von Lambsheim dient. Durch Flickschusterei und zusammenhanglose Planungen wird die Dorfentwicklung jedenfalls nicht gefördert.

Inhalt:

Im Westen nichts Neues!	1
Zweimal GRÜN hält besser	2
Haushaltsberatungen	2
Der Rest vom Fest	3
Grundwasser auf der „Zielgeraden“?	4

Grüner Wahlerfolg: Zweimal GRÜN hält besser

Der bereits bei den letzten Wahlen erkennbare Trend des Stimmenzuwachses für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzte sich auch bei den Gemeinderatswahlen im vergangenen Jahr fort. Mit 8,3 % der Stimmen sind GRÜNE nun mit zwei Sitzen im Lambsheimer Gemeinderat vertreten.

Neben Anneli Langhans-Glatt, die bereits in der letzten Wahlperiode dem Rat angehörte, wurde Klaus-Peter Spohn-Logé neu gewählt. DIE GRÜNEN erreichten mit diesem schönen Erfolg ihr selbst gestecktes Wahlziel und können jetzt als Ratsfraktion arbeiten. Der Fraktionsstatus ist deshalb von großer Bedeutung, weil er Sitz und Stimme in den gemeinderätlichen Ausschüssen verschafft. Die Vertretung in den Ausschüssen sichert den GRÜNEN umfassenden und frühzeitigen Zugang zu allen Informationen und damit eine bessere Einflussmöglichkeit bei allen Entscheidungen des Gemeinderats.

Auch wenn die politischen Gestaltungsmöglichkeiten angesichts einer schwierigen Finanzsituation der Gemeinde eingeschränkt sind, werden BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach und nach die in ihrer Wahlplattform formulierten Ziele in die Arbeit des Gemeinderats einbringen, getreu dem Motto „Lambsheim wird grüner“. Sie sind dabei offen für Vorschläge und Anregungen aller Bürger und bieten als offene Liste auch Nichtmitgliedern die Möglichkeit der Mitarbeit an (Termine der Treffen und Ansprechpartner siehe Kasten letzte Seite).

Erste Anträge haben DIE GRÜNEN zum Thema Verbesserung des Öffentlichen Nahverkehrs und zum Thema Energiesparen durch Sanierung der völlig überalterten Straßenbeleuchtung im Ortsgebiet eingebracht.

Nur dem Wohle des Bürgers verpflichtet?

Nach der schwierigen Zusammenarbeit mit dem Vorgänger des jetzigen Bürgermeisters hat die Mehrheit der im Gemeinderat vertretenen Parteien und Gruppierungen zu einem konstruktiven Miteinander gefunden.

Mehr als eine atmosphärische Trübung stellte daher das Vorgehen von CDU und FWG dar, die Beigeordnetenpositionen alleine mit Vertretern ihrer Fraktionen zu bestücken. Die Argumentation, dass sich nach der Wahl zum Gemeinderat die Mehrheitsverhältnisse geändert hätten, trifft so auf jeden Fall nicht zu.

FWG und CDU haben jeweils gemeinsam so viele Sitze wie im vormaligen Gemeinderat. Die bisherige Beigeordnete der SPD, Frau Haller, hat nicht nur nach Meinung der GRÜNEN gute Arbeit geleistet, wie ihr bemerkenswerter persönlicher Wahlerfolg bei den Personenstimmen belegte. Deshalb wurde sie auch von den Grünen und der SPD zur Wiederwahl vorgeschlagen.

Dass parteipolitisches Kalkül dann doch die Oberhand gewann, ist mehr als bedauerlich. Es bleibt nur zu hoffen, dass dieser Politikstil die Ausnahme bleibt.

Verbesserung des Nahverkehrsangebotes in Lambsheim

Der entsprechende Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit mehreren Vorschlägen, wie durch einfache Maßnahmen die Attraktivität des ÖPNV erhöht werden kann, wurde mit großer Mehrheit vom Gemeinderat angenommen. Der Antrag enthielt folgende Punkte:

- Die Gemeindeverwaltung Lambsheim möge sich bei der Bahn AG ... erneut dafür einsetzen und darauf drängen, dass am Bahnhof Lambsheim endlich ein Fahrgastinformationssystem (Lautsprecheranlage) installiert wird.
- Die Gemeindeverwaltung Lambsheim möge dafür Sorge tragen, dass an den Haltestellen des Ruftaxis Fahrplan- und Preisinformationen aufgehängt werden. Ebenso sollen diese Informationen regelmäßig im Amtsblatt und auf der Homepage der Gemeinde veröffentlicht werden.
- Die Gemeindeverwaltung möge in Verhandlungen mit dem VRN treten, mit dem Ziel, dass im Bürgerbüro der Gemeinde Lambsheim alle Tickets des VRN (insbesondere Wochen-, Monats- und Jahresabos) in Kommission vertrieben werden.

Der Bürgermeister hat zugesagt, dass er erneut Gespräche mit den jeweils verantwortlichen Stellen aufnimmt, um möglichst bald zu befriedigenden Lösungen zu kommen. Die Gemeinde Lambsheim hat mit dem Bahnanschluss und dem Ruftaxi einen entscheidenden Standortvorteil. Dies kann aber nur dann zur Geltung kommen, wenn die öffentlichen Verkehrsmittel möglichst benutzerfreundlich organisiert sind. Ein wichtiger Bestandteil ist dabei die gute Information der Fahrgäste.

Inzwischen hat die Bahn zugesagt, im Zuge ihrer ständigen Angebotsverbesserung die Installation einer Lautsprecheranlage zu prüfen. Die technische Infrastruktur dafür ist bereits bis Weisenheim vorhanden. Die Erfahrungen in anderen Landkreisen und Gemeinden zeigen, dass durch Beharrlichkeit und starkes Engagement der Bahn gegenüber durchaus weitere Verbesserungen zu erreichen sind.

Haushaltsberatungen

Nur mit größter Mühe konnte in diesem Jahr der Verwaltungshaushalt ausgeglichen werden. Zum Opfer fielen dem „Streichkonzert“ der Investitionen teilweise Maßnahmen, die bereits wiederholt verschoben wurden (Spielplatz Eulerweg, Sanierung Fußweg entlang der Bahnlinie).

Immer wieder werden Einbrüche bei Steuereinnahmen als Hauptursache für die finanzielle Misere genannt. Im Falle unserer Gemeinde sind es darüber hinaus die Fehlbeträge der Vorjahre, die zu Buche schlagen.

Hier wurden offensichtlich in der Vergangenheit zum Teil gravierende Fehler gemacht – sei es, dass man sich bei den Folgekosten verkalkuliert hat, sei es, dass die Planungen überdimensioniert waren (Baugebiet Feldchen).

Unserer Meinung nach sind es vor allem die Folgekosten eines Projektes, weniger die Investitionskosten bzw. wegbrechende Einnahmen (etwa bei den Gewerbesteuern), die den Gemeindehaushalt auf Dauer belasten.

Kreishallenbad Maxdorf

So sollten die Vertreter des Kreises bzw. der betroffenen Gemeinden Lamsheim und Maxdorf bei ihren Überlegungen neben den reinen Kosten für die Sanierung des Bades mehr noch die jährlichen Betriebskosten im Blick haben. Das heißt keineswegs, dass das Bad ad acta gelegt werden soll. Das wäre fatal. Die Modernisierung der Technik im Zuge der Sanierungsmaßnahmen muss aber eine erhebliche Kosteneinsparung (Heizkosten) nach sich ziehen.

Ganztagsschule in Lamsheim

Dass die Kosten für die Einrichtung der Ganztagsschule in Lamsheim sich mittelbar mehr als auszahlen werden, stellt wohl kaum jemand in Frage. Dementsprechend groß waren auch die Freude und die Erleichterung bei fast allen, als Anfang Dezember Ministerin Doris Ahnen die Einrichtung der Ganztagsschule im Grundschulbereich bewilligte.

Bereits im Wahlkampf haben es fast alle Lamsheimer Fraktionen auf ihre Fahnen bzw. Plakate geschrieben: höchste Zeit für die Ganztagsschule in Lamsheim!

So wurde denn auch erwartungsgemäß in der Ratssitzung vom September 2004 im einstimmigen Beschluss die Gemeindeverwaltung beauftragt, beim Land die Einrichtung einer solchen Schule für den Grundschulbereich zu beantragen.

Es freut uns, dass sowohl der Elternbeirat als auch das Kollegium sich im Vorfeld für die Einrichtung einer solchen Schule ausgesprochen haben. Die rege Annahme dieses Angebotes von Seiten der Eltern (über 90 Anmeldungen) bestätigen die Notwendigkeit einer Ganztagsbetreuung für Lamsheim.

Familien, die in naher Zukunft nach Lamsheim ziehen werden, tun dies vielleicht nicht zuletzt aufgrund dieses Ganztagsangebotes in Kindergarten und Schule. Insofern sind die Investitionen für die Schaffung der räumlichen Voraussetzungen, die der Träger, also die Gemeinde, aufzubringen hat, sinnvoll angelegt.

Ganztagsschule, nicht nur im Sinne einer Nachmittagsbetreuung sondern auch mit Unterricht am Nachmittag wäre sicher die konsequentere Variante gewesen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt hätte dieses Konzept allerdings zu wenig Zustimmung bei Schüler- und Elternschaft gefunden. Umso wesentlicher ist es für uns, dass die Nachmittagsbetreuung von pädagogisch erfahrenen und geschulten Personen durchgeführt wird. Dabei unterstützen wir ausdrücklich den Appell der Schulleitung bzw. des Schulkollegiums an das Land, die notwendigen personellen Voraussetzungen zu schaffen bzw. zu finanzieren.

Die Erfahrungen durch die Betreuende Grundschule haben gezeigt, dass die Unterstützung des Landes nicht in jedem Fall zufriedenstellend war.

Nur ein fundiertes und finanziell ausreichend unterstütztes Konzept ist letztendlich sein Geld wert und sinnvoll, sowohl für die Eltern, die dadurch entlastet werden, die Lehrerinnen und Lehrer, die nicht wesentlich mehr belastet werden und nicht zuletzt für die Schülerinnen und Schüler, die durch qualitativ hochwertige Betreuung gefördert werden.

Der Rest vom Fest ... – „Eröffnungsparty“ im Feldchen

Die unvermeidlichen Eröffnungsreden waren neben belegten Brötchen, Kaffee und Kuchen sowie etwas Musik die „Zutaten“ bei der „Einweihungsfeier“ am 08. Oktober 2004 für das Baugebiet „Feldchen“, mit dem die Erschließungsarbeiten beendet wurden.

Neben dem üblichen gegenseitigen verbalen Schulterklopfen waren auch ungewöhnlichere Töne zu hören. „Zahllose Grundstücksbesitzer und weitere Verfahrensbeteiligte mussten für das Projekt gewonnen und in Gesprächen überzeugt werden. Unzählige auftretende Fragen mussten abgearbeitet werden, u.a. auch die eines möglichen Nahwärmenetzes im Wohngebiet“. Gerne hätten wir zu letzterem mehr erfahren und was daraus geworden ist, doch dazu schwieg man sich leider aus. Hatten doch während der Planung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, unterstützt von der SPD-Fraktion, vorgeschlagen, das Baugebiet zu einem zukunftsfähigen ökologischen Vorzeigeprojekt für Lamsheim zu entwickeln. Versorgung mittels eines Nahwärmenetzes, Solararchitektur stärker berücksichtigen, Passivhausbau fördern. „Nicht machbar, es besteht kein Interesse, das nächste Mal vielleicht“ kam es alsbald zurück. Selbst die Meinung „Bauen

ist schon sehr teuer, da können wir den Leuten nicht noch zusätzliche Vorgaben machen“ wurde artikuliert. Ein absurdes Argument. Zahllose Städte und Gemeinden beweisen, dass sich auch in schlechteren Zeiten ambitionierte und gut geplante Baugebiete weit besser verkaufen als der Durchschnitt oder gar „Billigangebote“. Geiz ist eben nicht geil. Und Qualität verkauft sich immer.

Das Kontrastprogramm zur „Einweihungsfeier“ hatte andernorts vier Stunden vorher begonnen. Großes Gedränge in der Ludwigshafener Eberthalle bei der dortigen Energie- und Baumesse „Umwelt 2004“. Teilweise waren bei den zahlreichen Fachvorträgen nur noch Stehplätze zu bekommen, insbesondere bei den Themen „Solarthermische Anlagen“ und „mit Photovoltaik Geld verdienen“. Die laut Messeleitung etwa 10.000 Besucher der Messe belegten eindrucksvoll, dass umweltgerechtes Bauen und Modernisieren nicht nur topaktuell, sondern bei den heutigen hohen Energiepreisen geradezu ein Muss ist. Der Redakteur der RHEINPFALZ brachte es in seinem Kommentar auf den Punkt: Der kniffligste Teil kommt erst noch, die Bebauung der Grundstücke im „Feldchen“.

Tatsächlich verkauften sich Gemeindegrundstücke ohne vernünftige Südausrichtung und damit Möglichkeit zur Solarnutzung im Baugebiet anfangs eher schleppend.

Bleibt zu hoffen, dass auch hier die Gemeinde nicht auf ihren „Ladenhütern“ sitzen bleibt.

Bereits das Flickwerk „Eulerweg“ erwies sich für mögliche Häuslebauer als nur schwer verdaulich.

Die Folgen des kreisweiten „Wettrüstens“ an ausgewiesenen und fertig erschlossenen Gewerbe- und Wohngebieten

sind nicht abzusehen. Bereits jetzt sind kreisweit große Flächen nicht veräußerbar. Offensichtlich fehlt die Nachfrage.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellten bereits im letzten Jahr einen Antrag, der gestaffelte Nachlässe für gemeindeeigene Grundstücke im Feldchen vorsieht, wenn im Gegenzug der Käufer ein Plusenergiehaus, Passivhaus oder Niedrigstenergiehaus nach dem KfW-Standard „Energiesparhaus 40“ darauf errichtet. „Fordern und Fördern“ ist auch hier unsere Devise.

Grundwasser auf der „Zielgeraden“?

„Quo vadis, Lambsheim“ titelten wir im *Grünen Igel* Nr. 10 vom Dezember 2001 (!) zum Thema Grundwasser und des Problems vernässter Keller in Lambsheim.

In der Zwischenzeit ist nicht nur viel Wasser den Rhein hinuntergeflossen, auch ein „Jahrhundertssommer“ 2003 mit nie gekannten Hitzerekorden liegt hinter uns. Trotz eines nur wechselhaften Sommers war auch das Jahr 2004 für die Pfalz insgesamt zu trocken.

Lange hatte es gedauert, bis man sich zu einem schon damals von uns präferierten, detaillierten, auf Lambsheim bezogenen Fachgutachten zur Grundwassersituation durchringen konnte. Inzwischen scheint es aber, als würde das Projekt nach über drei Jahren jetzt auf die „Zielgerade“ einbiegen. Am 12. Januar fand dazu eine gut besuchte Einwohnerversammlung statt, die den Fokus auf Kosten und Finanzierungsmöglichkeiten der aktuellen Genehmigungsplanung legte.

Bei der Vorstellung des im Dezember genehmigten Stufenkonzeptes durch das Planungsbüro wurde aber auch deutlich, dass der aktuelle Grundwasserspiegel tiefer liegt als bei einem Vollastbetrieb in der maximalen Ausbaustufe. Ursache: Die beiden trockenen Vorjahre und die Tatsache, daß das projektierte Fördervolumen sich auf das notwendige Mindestmaß beschränkt. Die sich dadurch einstellende Absenkung liegt um Größenordnungen unterhalb der natürlichen Schwankungsbreite des Grundwasserpegels.

Die derzeit relativ entspannte Lage machte sich auch in der Versammlung bemerkbar: Ein Großteil der Anwesenden bekundete, man hätte überhaupt keine Probleme mit nassen Kellern gehabt. Nach dem teilweise riesigen Pressewirbel in der Vergangenheit war dies doch etwas überraschend. Schwer teilweise für diese „nicht betroffenen“ Anwohner deshalb auch nachzuvollziehen, weshalb aufgrund der umfassenden Untersuchungen und Messergebnisse des Gutachtens trotz bislang fehlender „eigener“ Erfahrungen eine Betroffenheit ihres Grundstücks dennoch gegeben sei.

Die artikulierten Zweifel an der richtigen Ermittlung der Kellertiefen waren teilweise berechtigt und erforderten kleine Nacharbeiten der Gutachter. Optimierungspotential beim wichtigen Thema „Interne Kommunikation“ wurde aber auch im privaten Bereich deutlich, nicht immer nur bei der so oft gescholtenen Gemeindeverwaltung.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bekennen sich an dieser Stelle ausdrücklich zu diesem Gutachten und seinen Lösungsvorschlägen. Lange genug haben wir damals für ein entsprechendes Fachgutachten gekämpft, das die notwendige Entscheidungsfindung auf eine objektive Grundlage stellt. Das Gutachten beschränkt sich in seinen Vorschlägen nicht nur aus Kostengründen auf das unbedingt notwendige Maß von objektiven und effektiven Schutzmaßnahmen.

Insgesamt wird aber auch deutlich, dass die Probleme offensichtlich nicht derart prekär sind, wie sie teilweise in der Vergangenheit dargestellt wurden. Für flächendeckende Absenkungsmaßnahmen im gesamten Ortsgebiet besteht keinerlei Notwendigkeit.

Laut den Gutachtern rechnet sich derartige von den Kosten auch überhaupt nicht mangels einer ausreichenden Zahl von betroffenen Häusern. Direkte Abdichtmaßnahmen sind im konkreten Einzelfall dann immer noch effektiver und billiger.

Der Gemeinderat hat in seiner letzten Sitzung denn auch einstimmig eine entsprechende Satzung beschlossen, wonach die anfallenden Kosten für die lokal beschränkten Absenkmaßnahmen durch Brunnen anteilig umzulegen sind. Die Gemeinde übernimmt dabei einen Eigenanteil von 20 Prozent, wobei sich die Kosten für die Anwohner insgesamt in einem fairen Rahmen bewegen. Damit geht hoffentlich bald eine lange Phase zu Ende, die geprägt war von hitzigen und zum Teil polemischen Debatten.

Für die Zukunft bleibt nur zu hoffen, dass alle die entsprechenden Konsequenzen bei der Neuausweisung von Baugebieten ziehen. In diesem Zusammenhang halten wir die Bebauung des Gebietes „Feldchen“ auch weiterhin für problematisch. Offenen Auges wird hier in ein Gebiet hineingebaut, von dem man weiß, dass die Häuser permanent mit dem Keller im Grundwasser stehen werden. Einige Häuslebauer haben, wenn die Gemeinde ihnen schon kein vernünftiges Baugebiet anbieten kann oder will, die logische Konsequenz gezogen: Sie verzichten vernünftigerweise auf den (zudem teuren) Keller.

Impressum:
 Herausgeber: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
 Offene Liste Lambsheim
 Klaus-Peter Spohn-Logé (V.i.S.d.P.)
 Hinterstraße 34, 67245 Lambsheim
 E-Mail: ov.lambsheim@gruene.de
 Internet: www.gruene-lambsheim.de